



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Kreistagsfraktion Fulda

[SPD-Kreistagsfraktion Fulda | Vor dem Peterstor 10 | 36037 Fulda](#)

Fulda, 03. März 2019

| | Sitzung des Kreistags | Inhalt / Anlass |
|---------------|------------------------------|--|
| ANTRAG | 25.03.2019 | Hessenticket für alle Schüler/innen |

Resolutionsantrag der SPD-Kreistagsfraktion;
Kostenloses Hessenticket für alle Schüler/innen

Resolutionsantrag:

Der Kreistag des Landkreises Fulda fordert die Landesregierung dazu auf, dass alle Schülerinnen und Schüler das Hessenticket bis zum Ende der 10. Klasse in Hessen kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen.

Begründung:

Leider ist es, dass es an hessischen Schulen Schulkinder gibt, die vom Land das Hessenticket bezahlt bekommen und andere Schulkinder bekommen es nicht. Es ist völlig unverständlich, warum solche Tickets an Entfernungen zur Schule festgemacht und nicht allen Kindern zur Verfügung gestellt werden. Einerseits haben die Kinder freie Schulwahl nach der 4 Klasse. Andererseits müssen sich Kinder für eine Schule am Wohnort entscheiden (sofern vorhanden), damit keine zusätzlichen Fahrtkosten auf die Familien zukommen. Kinder, die keine Schule am Wohnort haben, bekommen das Hessenticket generell kostenlos zur Verfügung gestellt und haben freie Schulwahl.

Ein weiterer Grund, das Hessenticket allen Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung zu stellen, sind die schulischen Aktivitäten. Die Schule erwartet Gruppenarbeiten außerhalb der Schule. Kinder mit Hessenticket setzen sich in den Bus oder die Bahn und fahren zum Klassenkameran. Kinder ohne Hessenticket müssen für die gleiche Fahrt Geld bezahlen. Das Gleiche gilt für Schulausflüge. Die einen müssen bezahlen, die anderen nutzen ihr Hessenticket. Schulkinder mit dem Hessenticket haben das ganze Jahr die Möglichkeit in ihrer Freizeit durch ganz Hessen zu reisen, ohne auch nur einen Cent dafür zu bezahlen.

Auch der Kreiseltererbeirat des Landkreises Fulda hat bereits mehrfach die genannten Ungerechtigkeiten beklagt und fordert nun den Landkreis zum Handeln auf.